

## Niederschrift

**Gremium:** Finanzausschuss  
**Sitzungs-Nr.:** 17 / Wahlperiode 2001/2006  
**Sitzung am:** 27.06.2005  
**Ort:** Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 2/3  
**Beginn:** 09.00 Uhr **Ende:** 11.08 Uhr

<b>Behandelte Tagesordnungspunkte:</b>		<b>Seite:</b>
1	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	4
2	Genehmigung der Niederschrift über die sechzehnte öffentliche Sitzung des Finanzausschusses am 24.01.2005 Die Niederschrift wird mit gleicher Post versandt.	4
3	Jahresabschluss des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2004 <b>Sitzungsvorlage Nr. 132/2005</b>	4
4	Überörtliche Prüfung beim Landkreis Cuxhaven durch das Kommunalprüfungsamt der Bezirksregierung Lüneburg <b>Sitzungsvorlage Nr. 133/2005</b>	4
5	Berichtswesen zum Haushaltsvollzug Der Bericht wird in der Sitzung erstattet.	5
6	Erste Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 <b>Sitzungsvorlage Nr. 134/2005</b>	5
6.1	Erster Nachtrag zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2005 <b>Sitzungsvorlage Nr. 135/2005</b>	
6.2	Erster Nachtrag zum Stellenplan des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2005 Erster Nachtrag zur Stellenübersicht des Regiebetriebes Interner Servicebetrieb für das Wirtschaftsjahr 2005 Erster Nachtrag zur Stellenübersicht der „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ für das Wirtschaftsjahr 2005 <b>Sitzungsvorlage Nr. 106/2005</b>	
6.3	Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Internen Servicebetriebes des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 <b>Sitzungsvorlage Nr. 123/2005</b>	
6.4	Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 <b>Sitzungsvorlage Nr. 136/2005</b>	
6.5	Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 <b>Sitzungsvorlage Nr. 137/2005</b>	
6.6	Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 <b>Sitzungsvorlage Nr. 138/2005</b>	

7	Kreditangelegenheiten	8
7.1	Verbilligung von Festzinskrediten durch Zinssicherungsvereinbarungen <b>Sitzungsvorlage Nr. 139/2005</b>	8
7.2	Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten im Haushaltsjahr 2005 <b>Sitzungsvorlage Nr. 140/2005</b>	9
8	Mitteilungen und Anfragen	9
9	Einwohnerfragestunde	9

Anwesend waren:

Kreistagsabgeordneter Wegener, Cuxhaven, Vorsitzender  
Kreistagsabgeordneter Götjen, Lunestedt  
Kreistagsabgeordneter Grell, Hechthausen  
Kreistagsabgeordneter Grüter, Schiffdorf  
Kreistagsabgeordneter Guthahn, Osten  
Kreistagsabgeordneter Johannßen, Otterndorf  
Kreistagsabgeordneter Köster, Loxstedt  
Kreistagsabgeordneter Martens, Neuhaus (Oste)  
Kreistagsabgeordneter Peters, Langen  
für den verh. Abg. Tobias, Langen  
Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven  
für den verh. Abg. Kaliske, Loxstedt  
Kreistagsabgeordneter Wrede, J., Nordholz

Grundmandatsinhaber:

Kreistagsabgeordnete Frau Ritzenhoff, Bramstedt ( ab 9:10 Uhr TOP 4 )  
Kreistagsabgeordneter Gerken, Otterndorf

Als hinzuberufenes beratendes Mitglied:

Herr Siegfried Meinus, An der Heide 9, 21745 Hemmoor

Von der Verwaltung:

Landrat Bielefeld  
Erster Kreisrat Jochimsen  
Kreisrat Gestering  
Kreisrätin Frau Jahns  
Kreisrat Redeker  
Kreisamtmann Küver  
Kreisinspektorin z.A. Frau Küber  
Kreisamtfrau Lunden, zugleich als Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordneter Kaliske; Loxstedt  
Kreistagsabgeordneter Tobias, Landen  
Herr Jörg Andreas Sagemühl, Ostpreußenstr. 8, 27632 Midlum  
Herr Andreas Schmeer, Predöhlstr. 32, 27474 Cuxhaven

**Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende eröffnete um 09.00 Uhr die ordnungsmäßig einberufene siebzehnte Sitzung des Finanzausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Er verwies auf die vor Beginn der Sitzung verteilte Tischvorlage zu Punkt 6 der Tagesordnung. Der Vermerk enthalte das Ergebnis der Anhörung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden vom 14.06.2005 zur Ersten Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005.

**Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die sechzehnte öffentliche Sitzung des Finanzausschusses am 24.01.2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Finanzausschuss beschloss einstimmig:

Die Niederschrift über die sechzehnte öffentliche Sitzung des Finanzausschusses des Kreistages des Landkreises Cuxhaven am 24.01.2005 wird genehmigt.

**Punkt 3: Jahresabschluss des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2004  
Sitzungsvorlage Nr. 132/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt drei der Tagesordnung.

Kreisrätin Frau Jahns führte aus, nach dem endgültigen Ergebnis der Jahresrechnung 2004 schließe der Verwaltungshaushalt mit einem Fehlbetrag von 52.099.163,63 € ab. Dies sei gegenüber der Planung eine Verbesserung von rd. 1,9 Mio. €. Der Vermögenshaushalt konnte mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 25.039.905,86 € ausgeglichen werden. Das Ergebnis stelle gegenüber der Planung eine Verminderung bei den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 3,2 Mio. € dar. Von der Kreditermächtigung 2004 seien rd. 1,8 Mio. € weniger als Haushaltseinnahmerest auf das Haushaltsjahr 2005 übertragen worden.

Abg. Johannßen begrüßte die Haushaltsverbesserungen. Es sei von der Verwaltung restriktiv auf der Ausgabenseite gearbeitet worden, das gute Rechnungsergebnis verdiene Anerkennung.

Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

Der Jahresabschluss des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2004 wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 4: Überörtliche Prüfung beim Landkreis Cuxhaven durch das Kommunalprüfungsamt der Bezirksregierung Lüneburg  
Sitzungsvorlage Nr. 133/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt vier der Tagesordnung.

Kreisrätin Frau Jahns verwies in ihren Ausführungen auf die Stellungnahme des Landrats zum Prüfbericht. Das Kommunale Prüfungsamt (KPA) habe im letzten Jahr in rd. drei Monaten die überörtliche Prüfung durchgeführt. Die Prüfung sei schwerpunktmäßig erfolgt, dabei sei nicht in jedem Punkt in die Tiefe gegangen worden.

Das KPA habe im Prüfungsbericht insbesondere die dramatische Entwicklung der Haushaltslage des Landkreises kritisiert. Daneben sei dem Landkreis für die Vergangenheit in vielen Bereichen ein Mangel an Kon-

solidierungswillen bescheinigt worden. So seien seit 10 Jahren Haushaltskonsolidierungskonzepte erstellt worden, die aber bisher nicht zu einer Verringerung oder Beseitigung der Fehlbeträge geführt hätten.

Daneben erwarte das KPA vom Landkreis für die Zukunft eine spürbare Verringerung der Personalausgaben. Bei anderen Kommunen sei schon heute ein Abbau von Stellen sichtbar, der durch Privatisierung von Aufgaben und Rationalisierungsmöglichkeiten verursacht wurde.

Kreisrätin Frau Jahns erklärte auf Nachfrage des Vorsitzenden, der Landrat habe in seiner Stellungnahme zum Ergebnis der überörtlichen Prüfung keine Anmerkungen zur Kreisumlage gemacht, da dieses Thema ausführlich im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen 2005 behandelt worden sei.

In der sich anschließenden Aussprache, an der sich der Vorsitzende, die Abg. Götjen, Johannßen, Martens und Frau Ritzenhoff beteiligten, wurde äußerst kontrovers die mangelnde Konsolidierungsbereitschaft des Landkreises erörtert. Dabei wurde vom Vorsitzenden angeregt, Teile der Prüfungsbemerkungen als Mahnung an alle Beteiligten zu verstehen und für die Zukunft sinnvolle Konsolidierungsmaßnahmen aufzugreifen.

Landrat Bielefeld wies darauf hin, einige kritische Anmerkungen müssten noch genauer analysiert werden. Der Prüfbericht sei vom KPA im Eiltempo nach nur wenigen Gesprächen verfasst worden und enthalte zum Teil unrichtige Zahlen. Auch vertrete der Landkreis in einigen Positionen eine andere Auffassung.

Kreisrat Gestering bemängelte, das KPA sei bei der Beurteilung des Personalabbaus im Vergleich zu anderen Landkreisen von unterschiedlichen Kriterien ausgegangen. Außerdem habe der Landkreis in der Vergangenheit zusätzliche Aufgaben und auch Personal übernehmen müssen, wie zum Beispiel Mitarbeiter vom Sozialamt der Stadt Cuxhaven oder von der aufgelösten KDEW. Der Landkreis betreibe Aufgabenkritik, eine entsprechende Reduzierung des Personals werde sich langfristig auswirken.

Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

Das wesentliche Ergebnis der überörtlichen Prüfung beim Landkreis Cuxhaven durch das Kommunale Prüfungsamt der Bezirksregierung Lüneburg und die Stellungnahme des Landrates werden zur Kenntnis genommen.

#### **Punkt 5: Berichtswesen zum Haushaltsvollzug**

Kreisrätin Frau Jahns erklärte, die wesentlichen Veränderungen zum Haushalt 2005 seien in den Nachtragshaushaltsplanentwurf eingearbeitet worden. Diese würden unter dem Tagesordnungspunkt sechs beraten. Auf einen gesonderten Bericht sei daher verzichtet worden. Die Verwaltung habe im übrigen zum Haushaltsjahr 2005 das Berichtswesen modifiziert. Es sei nunmehr möglich, zeitnah zum Quartalsende eine Gegenüberstellung der geplanten und tatsächlichen Mittelbewirtschaftung vorzubereiten.

Der Finanzausschuss nahm Kenntnis.

#### **Punkt 6: Erste Nachtragshaushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2005 Sitzungsvorlage Nr. 134/2005**

- 6.1 Erster Nachtrag zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2005  
Sitzungsvorlage Nr. 135/2005**
- 6.2 Erster Nachtrag zum Stellenplan des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2005  
Erster Nachtrag zur Stellenübersicht des Regiebetriebes Interner Servicebetrieb für das Wirtschaftsjahr 2005  
Erster Nachtrag zur Stellenübersicht der „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ für das Wirtschaftsjahr 2005  
Sitzungsvorlage Nr. 106/2005**

- 6.3 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Internen Servicebetriebes des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005  
Sitzungsvorlage Nr. 123/2005**
- 6.4 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005  
Sitzungsvorlage Nr. 136/2005**
- 6.5 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005**
- 6.6 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsjahr „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005  
Sitzungsvorlage Nr. 138/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu den Punkten sechs bis sechs Punkt sechs der Tagesordnung. In der folgenden Beratung würden diese Tagesordnungspunkte zusammengefasst. Im Anschluss an die Diskussion werde dann getrennt über jeden einzelnen Punkt zu den Haushaltsberatungen abgestimmt.

Auf Anregung des Vorsitzenden wurde zunächst darüber beraten, ob die Auswirkungen der vom Landrat verfüigten Haushaltssperre in den Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes hätten eingearbeitet werden müssen.

Landrat Bielefeld teilte hierzu mit, er habe diese Frage beim MI problematisiert. Das jetzige Vorgehen sei so abgesprochen worden. In den Entwurf seien im Wesentlichen nur die Veränderungen eingearbeitet worden, die sich aus der Umsetzung von Hartz IV ergeben hätten. Nach ausführlicher Beratung, an der sich der Vorsitzende, die Abg. Götjen, Grüter, Johannßen, Martens und Frau Ritzenhoff beteiligten, beantragte der Abg. Johannßen, dass die Auswirkungen der Haushaltssperre in den Nachtragshaushaltsplan eingearbeitet werden. Ansonsten könne seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Landrat Bielefeld führte hierzu aus, die von ihm verfügte Haushaltssperre könne in Teilbereichen wieder aufgehoben werden, wenn zum Beispiel eine Einrichtung in Existenznot gerate. Würde man diese Mittel jedoch in den Nachtrag einstellen, so sei der Haushaltsansatz 2005 um diesen Betrag gekürzt und könne nur über einen weiteren Nachtragshaushaltsplan bzw. überplanmäßig wieder bereit gestellt werden.

Kreisrätin Frau Jahns erläuterte sodann die Eckpunkte des Nachtragshaushaltes. Er sei im Wesentlichen erforderlich geworden, weil die im Zusammenhang mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe notwendigen Haushaltsansätze bei der Planung des Haushalts 2005 noch erheblichen Veränderungsrisiken unterlagen. Die Ansätze seien nach den gegenwärtigen Erkenntnissen neu berechnet und die entsprechenden Unterabschnitte des Einzelplanes 4 angepasst worden. Ferner habe man eine einmalige Nachzahlung des Landes aus dem Qotalen System für 2004 in Höhe von 3,9 Mio. € eingestellt. Diese habe dazu geführt, dass sich das Defizit im Sozialhaushalt 2005 bedingt durch Hartz IV um diesen Betrag nicht weiter verschlechtert habe. Sie wies darauf hin, dass für die nächsten Jahre mit Nachzahlungen in diesem Umfang nicht zu rechnen sei. Der strukturelle Fehlbedarf habe sich durch den Nachtrag um 136.800 € erhöht und liege damit nur noch knapp unter der 20-Mio.-Euro-Grenze.

Im Vermögenshaushalt verminderten sich die Einnahmen und Ausgaben um jeweils 76.500 € auf 20.914.100 €. Es seien für die geplanten Ganztagschulen die Zuweisungen des Landes in der beantragten Höhe eingestellt worden. Dadurch verringere sich für diese Baumaßnahmen der im Haushaltsplan 2005 eingestellte Kreditbedarf entsprechend. Die mit dem Nachtragshaushaltsplan veranschlagte Kreditaufnahme sinke auf 5.510.600 € und führe im Ergebnis zu einer Entschuldung in Höhe von 485.800 €.

In § 4 der Nachtragshaushaltssatzung werde der höchste Betrag der Kassenkredite gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag um 25 Mio. € erhöht und damit auf 145 Mio. € neu festgesetzt. Dieser Betrag sei erforderlich, um den jeweiligen Spitzenbedarf, insbesondere in Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung, abdecken

zu können. Bereits zu Beginn des Haushaltsjahres habe der Landkreis den Kassenkreditrahmen 2004 zu 100 v.H. ausgeschöpft und musste bis zur Genehmigung der Haushaltssatzung 2005 diese Wertgrenze mehrmals tageweise überschreiten. Damit dieses künftig in Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung nicht wieder auftrete, habe man in den Nachtrag den höchstmöglichen genehmigungsfähigen Betrag eingestellt. Dabei sei die Verwaltung von einem Berechnungsschlüssel ausgegangen, den die Bezirksregierung Lüneburg in der Vergangenheit zur Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit von Kassenkrediten herangezogen habe. Nach welcher Quote die Kommunalaufsicht beim MI den zulässigen Kassenkreditrahmen beurteile, werde sich im anstehenden Genehmigungsverfahren erweisen.

Anhand von Grafiken erläuterte Kreisrätin Frau Jahns anschließend die Auswirkungen der Hartz IV Reform auf den Kreishaushalt. Nach dem derzeitigen Stand der Berechnungen werde der Landkreis 2005 voraussichtlich mit rd. 4 Mio. € Mehrausgaben belastet, als nach dem bisherigen BSHG-Niveau. Der Erstattungsbeitrag des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung müsste über die Revisionsklausel zum 01.10.2005 für den Landkreis von 29,1 v.H. auf ca. 42 v.H. erhöht werden, damit der Landkreis über Hartz IV keine Mehrbelastung erfahre. In der sich anschließenden Beratung, an der sich der Vorsitzende, die Abg. Götjen, Grüter, Johannßen, Köster, Meinusch sowie Kreisrätin Frau Jahns beteiligten, wurde kontrovers über die künftige Kostenbeteiligung des Bundes und des Landes an der Hartz IV Reform diskutiert. Kreisrätin Frau Jahns sagte zu, dem Ausschussvorsitzenden bis zur Kreistagssitzung ein Rundschreiben des NLT über die Finanzbeziehungen und Finanzflüsse im Rahmen des SGB II zur Verfügung zu stellen.

Die Abg. Götjen und Köster regten an, die Haushaltsansätze für die vier weiteren geplanten Ganztags-schulen im kameralen Haushalt sowie im Wirtschaftsplan des ISB zu streichen, da das Land für das Ganztagsangebot eine finanzielle Förderung abgelehnt habe. Für Ganztags-schulen könnten lediglich Fördermittel des Bundes für die Baumaßnahmen beantragt werden.

Auf Nachfrage der Abg. Frau Ritzenhoff zur Reduzierung der Beleuchtung am Schulzentrum Hagen teilte Kreisrat Gesting mit, auch die Bauunterhaltung unterliege der verfügbaren haushaltswirtschaftlichen Sperre. Zur Zeit würden nur defekte Beleuchtungen in den Bereichen ersetzt, die der Verkehrssicherungspflicht unterliegen. Früher sei man großzügiger mit Beleuchtungseinrichtungen umgegangen und habe viele zusätzliche Sitzcken geschaffen, die aus heutiger Sicht nicht erforderlich seien. In anderen Schulzentren gebe es diese Bereiche auch nicht.

Zur Unterhaltsreinigung am Schulzentrum Otterndorf teilte er auf Nachfrage des Abg. Johannßen mit, die Unterhaltsreinigung am Schulzentrum Otterndorf sei wie alle Schulzentren im Landkreis nicht von der Haushaltssperre betroffen.

Der Vorsitzende schloss sodann die allgemeine Beratung zum Ersten Nachtragshaushalt 2005 und ließ zunächst über die eingebrachten Anträge einzeln abstimmen.

Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag mit sechs Stimmen bei fünf Gegenstimmen:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, die Auswirkungen der Haushaltssperre in den Nachtragshaushaltsplan aufzunehmen, wird abgelehnt.

Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag mit sechs Stimmen bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag, die Haushaltsansätze für die vier weiteren Ganztags-schulen im Nachtrag des kameralen Haushalts und des Wirtschaftsplanes des ISB zu streichen, wird entsprochen.

Der Vorsitzende bat daraufhin um Stimmenabgabe zu den Tagesordnungspunkten sechs bis sechs Punkt sechs.



Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag mit sechs Stimmen bei fünf Gegenstimmen folgenden Beschluss zu fassen:

Eine sich nach den Ergebnissen der Beratung im Finanzausschuss ergebende Erste Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 wird beschlossen.

Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag mit sechs Stimmen bei fünf Gegenstimmen folgenden Beschluss zu fassen:

Ein sich nach den Ergebnissen der Beratung im Finanzausschuss ergebender Erster Nachtragshaushaltsplan, bestehend aus dem Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2005, wird beschlossen.

Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

Der Entwurf des Ersten Nachtrages zum Stellenplan des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2005, der Entwurf des Ersten Nachtrages zur Stellenübersicht des Internen Servicebetriebes und der Entwurf des Ersten Nachtrages zur Stellenübersicht für die „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ für das Wirtschaftsjahr 2005, werden beschlossen.

Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag mit sechs Stimmen bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen folgenden Beschluss zu fassen:

Ein sich nach den Ergebnissen der Beratung im Finanzausschuss ergebender Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Internen Servicebetriebes des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 wird beschlossen.

Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag einstimmig:

Der Entwurf des Ersten Nachtrages zum Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 wird beschlossen.

Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

Der im Entwurf vorliegende Erste Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 wird beschlossen.

Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag einstimmig:

Der Entwurf des Ersten Nachtrages zum Wirtschaftsplan der „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 wird beschlossen.

## **Punkt 7: Kreditangelegenheiten**

### **7.1 Verbilligung von Festzinskrediten durch Zinssicherungsvereinbarungen Sitzungsvorlage Nr. 139/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 7.1 der Tagesordnung. Er begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt zwei Vertreter einer deutschen Privatbank.



Nach kurzer Aussprache zu den Risiken von Zinssicherungsinstrumenten, an der sich der Vorsitzende, die Abg. Peters, Frau Ritzenhoff und Kreisrätin Frau Jahns beteiligten, empfahl der Finanzausschuss dem Kreisausschuss und dem Kreistag einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

Zur weiteren Senkung der Zinsbelastung bestehender Kreditmarktdarlehen des Landkreises, die bis zum 15.12.2007 zur Zinsanpassung anstehen, können Zinssicherungsinstrumente eingesetzt werden. Hierbei ist das Instrument zu wählen, das in der Gesamtbelastung bis zum Ende der Laufzeit am kostengünstigsten ist. Der Landrat wird ermächtigt, in diesem Rahmen Kreditverträge zu den jeweils erreichbaren günstigsten Bedingungen abzuschließen. Dem Kreistag sind die Kreditgeber und Bedingungen in der darauf folgenden Sitzung mitzuteilen.

## **7.2 Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten im Haushaltsjahr 2005**

### **Sitzungsvorlage Nr. 140/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 7.2 der Tagesordnung.

Der Finanzausschuss empfahl dem Kreisausschuss und dem Kreistag einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:

Zur Deckung des voraussichtlichen Kreditbedarfes in der Zeit von Anfang Juli 2005 bis Dezember 2005 wird die Aufnahme von Krediten vom Kreditmarkt bis zu einer Höhe des in der Nachtragshaushaltssatzung festgelegten Betrages von voraussichtlich 3.405.100,00 € zuzüglich des Haushaltseinkommensrestes aus dem Jahr 2004 in Höhe von 8.234.619,15 € zu einem Höchstzinssatz von 10 v.H. und einer maximalen Laufzeit von 30 Jahren sowie die Aufnahme von Darlehen aus der Kreisschulbaukasse bis zu einer Höhe von 2.105.500,00 € beschlossen.

Der Landrat wird ermächtigt, in diesem Rahmen Kreditverträge zu den jeweils erreichbaren günstigsten Bedingungen abzuschließen. Dem Kreistag sind die Kreditgeber und die Bedingungen in der darauf folgenden Sitzung mitzuteilen.

## **Punkt 8: Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen lagen nicht vor, Anfragen wurden nicht gestellt.

## **Punkt 9: Einwohnerfragestunde**

Anfragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende schloss um 11.08 Uhr die Sitzung.

Jahns  
Kreisrätin

Lunden  
Kreissamtfrau  
als Protokollführerin